



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens, Nr. 3

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Polens und Westpreußens

Nr. 3

Verantwortlich: Dr. Max Hildebert Boehm
Schriftleitung: Bromberg, Welzienplatz 1^{III}
Fernruf Nr. 321

26. März 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Zur kaschubischen Frage. Eine französische Denkschrift über die Ansprüche der Polen — Pressestimmen.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Zur kaschubischen Frage

Wohnsitz der Kaschuben. Die Kaschuben wohnen im nordwestlichen Teile der Provinz Westpreußen, den Kreisen Puck, Neustadt, Karthaus, der nordwestlichen Ecke des Kreises Danziger Höhe, dem westlichen Teile des Kreises Berent, dem nördlichen Teile des Kreises Könitz und dem nordöstlichen Teile des Kreises Schlochau, sowie als verstreute Reste in den Kreisen Bütow, Lauenburg und Stolp der Provinz Pommern. In den Kreisen Berent und Könitz grenzen sie an polnische Stämme, und zwar im Kreise Berent an die sogenannten Kociwiaten, im Kreise Könitz an die Borowiaken, sonst sind sie von Deutschen umschlossen, die auch vielfach mit ihnen im Gemenge wohnen.

Sprache. Die Sprache der Kaschuben, die am reinsten in den nördlichen Gegenden erhalten ist, weist auf eine Zugehörigkeit zu den sonst ausgestorbenen Ostseewenden, deren östlichsten Zweig sie bilden. Nach Süden geht die Sprache allmählich in den borowiatischen Dialekt des Polnischen über, vom kociwiatischen bleibt sie scharf geschieden. Die links der Weichsel in Westpreußen gesprochene Dialekte waren den kaschubischen früher weit ähnlicher als jetzt. Wir haben es also in diesen Gegenden mit polonisierten Kaschuben zu tun. Das Kaschubische, das Ostseewendische und das Polnische bilden zusammen die westslawische Sprachfamilie des Lechischen, wobei nach den neuesten Forschungen im Gegensatz zu der von polnischen Gelehrten vielfach behaupteten Ansicht, das Kaschubische sei lediglich ein polnischer Dialekt, die sprachliche Selbständigkeit des Ostseewendisch-Kaschubischen gegenüber dem Polnischen einwandfrei festgestellt ist.

Geschichte der Kaschubei. Die Geschichte der Kaschubei, die zeitweise auch als Ostpommern oder Pommerellen bezeichnet wurde und gegenwärtig im wesentlichen zur preußischen Provinz Westpreußen gehört, gliedert sich in folgende große Zeitabschnitte:

I. Vorgeschichte (bis etwa 950).

Die Pommern (Kaschuben) wohnen zwischen Ostsee, Weichsel und Neße und grenzen hier an die Polen.

II. Versuche Polens, die Seelüste zu gewinnen (etwa 950 bis 1310).

Etwa um die Wende des Jahres 1000 beginnt für Ostpommern oder die Kaschubei die geschichtliche Zeit. 997 wird zum ersten Male Danzig genannt.

Damals standen Ost- und Westpommern unter polnischer Oberhoheit, bildeten aber keine polnischen Provinzen, sondern hatten ihre eigenen Fürstengeschlechter behalten, die die polnische Lehnsoberhoheit anerkannten. Doch auch diese Abhängigkeit ertrugen sie nur widerwillig und benutzten die erste Gelegenheit, um sie abzuschütteln. Den Westpommern gelang dies schon im Jahre 1013, auch Ostpommern scheint sich damals losgerissen zu haben. In der zweiten Hälfte des zwölften Jahrhunderts zerfiel Ostpommern in zwei Gebiete. Das eine umfaßte das Land, das begrenzt wird von Weichsel, Brahe, der Konig-Schlochauer Kreisgrenze, der westpreussisch-pommerschen Grenze und der Leba, das andere umfaßt die heutigen pommerschen Kreise Stolz, Schlawe, Bütow und Rummelsburg und von Westpreußen den zwischen Brahe, Kamionka und Kludow liegenden Teil, früher auch noch die Kastellanei Ratel, d. h. den Kreis Flatow und den nördlichen Teil der Provinz Posen bis zur Neke. Nicht zu Pommern gehörte die Kastellanei Wyscegrad, d. h. der zwischen Weichsel und Brahe liegende Teil der Provinz Posen. Der Kampf um Ostpommern wogte hin und her, bei jedem Niedergange der polnischen Macht erhoben sich die Pommern und suchten sich die Nezegrenze zu sichern, wenn die polnische Macht erstarkte, kam der Rückschlag. Noch verwickelter wurde die Schlage durch das Eingreifen der Dänen, die im Anfange des dreizehnten Jahrhunderts die Kastellaneien Schlawe und Stolz besetzten und den Danziger Fürsten Westwin den Ersten zum Lehnseid zwangen. Dessen Sohn Swantopolk befreite sich jedoch von der polnischen Herrschaft und entriß den Dänen die Kastellanei Stolz. Das Schlawer Besitztum fiel ihm durch Erbschaft zu, nur der dauernde Erwerb der Kastellanei Ratel gelang ihm nicht. Westwin der Zweite, der Nachfolger Swantopolks, mußte das Meier Gebiet an den Deutschen Orden abtreten. Er suchte Schutz durch Unterwerfung unter die Lehnsoberhoheit des Markgrafen von Brandenburg, vermachte aber sein Reich an Przemyslaw von Polen. So fiel Ostpommern nach seinem Tode an Polen. Dadurch wurde es aber in die polnischen Parteikämpfe hereingezogen. Durch unzufriedene Große herbeigerufen, machten dann die Brandenburger Markgrafen ihr Lehnrecht geltend und rückten in das Land ein. Der Deutsche Orden besetzte als Verbündeter Polens die Stadt Danzig, wandte sich dann aber gegen Polen, eroberte das ganze Land und erwarb von den Brandenburgern den Rechtsanspruch darauf. So wurde Ostpommern mit Ausnahme der Kastellaneien Stolz und Schlawe ein Teil des Ordensstaates. Die Bedeutung dieser ersten Periode seiner Geschichte für den kaschubischen Volksstamm besteht darin, das ihm ein Teil seines Gebietes verloren ging. Die Kastellanei Ratel, ursprünglich ein Teil Ostpommerns und von Kaschuben bewohnt, fiel an Polen und blieb einstweilen mit ihm vereinigt. Die Folge war, daß dort die Polonisierung frühzeitig einsetzte und das ursprüngliche kaschubische Volkstum verdrängte.

III. Die Kaschubei unter der Herrschaft des Deutschen Ordens (1310—1466).

Die Herrschaft des Deutschen Ordens brachte der Kaschubei eine reiche Blüte, Recht und Gesetz kamen wieder zur Geltung, der wirtschaftliche Zustand besserte sich, eine nationale Bedrängung fand nicht statt. Allerdings führte der Orden zahlreiche Kolonisten ins Land, das war jedoch nichts Neues, denn schon unter den einheimischen Fürsten hatten die von ihrer Gründung an deutschen Klöster Oliva und Bogutken-Belplin das Recht bekommen, ihre großen Besitzungen mit Deutschen zu besiedeln, dasselbe Recht war auch anderen Grundbesitzern verliehen und die Städte Danzig und Dirschau waren als deutsche Städte gegründet. Dem kaschubischen Volkstum drohte eine viel größere Gefahr als von den Deutschen von seiten der Polen. Die letzten Jahre der Ordensherrschaft, in denen die Macht des Ordens niederging, waren durch Kriege mit Polen und Hussiten angefüllt, die das Land in eine Wüste verwandelten. Im Frieden von Thorn 1466 fiel das Land an Polen.

IV. Die Kaschubei unter polnischer Herrschaft (1466—1772).

Den früheren Wohlstand hat die Kaschubei unter polnischer Herrschaft nicht wieder erlangt, vielmehr verarmte die Bevölkerung mehr und mehr und kam in drückende Abhängigkeit von dem Grundherrn. Die Erinnerung daran hat sich bis heute noch im kaschubischen Volke erhalten. Schon seit der Herrschaft des Ordens, der neben Deutschen auch Polen ansiedelte, drang das Polnische kolonialisatorisch vor und verdrängte das Kaschubische. Die Ergebnisse dieser Polonisierung ursprünglich nicht polnischer Gegenden war die Entstehung der polnischen Dialekte des Borowiatischen und Kociewiatischen.

V. Die Kaschubei unter preußischer Herrschaft (1772 bis zur Gegenwart).

1772 kam Ostpreußen oder Pommerellen ebenso wie der Netzedistrikt unter preußische Herrschaft. Es war damals ein bis zum äußerst herunter gekommenes Land, die Bewohner lebten in drückender Abhängigkeit von den Grundherren, Schulbildung fehlte fast ganz, ein finsterner Aberglaube beherrschte die Seelen. Die preußische Herrschaft hob die Landeskultur, baute das Verkehrsnetz aus, schaffte die Erbuntertänigkeit ab und machte aus recht- und besitzlosen Leibeigenen freie Besitzer ihres Landes. Es wurden Schulen eingerichtet und die Schulpflicht eingeführt. Von den Kaschuben wurde dies auch anerkannt und man hätte sie zu treuen Anhängern des preußischen Staates machen können, wenn die preußische Regierung nicht schwere Behandlungsfehler begangen hätte. Man hat es nie verstanden, die Kaschuben dem polnischen Einfluß zu entziehen, sondern verstärkte selber diesen Einfluß, indem man alle Maßnahmen, die gegen die Polen notwendig wurden, auch gegen die Kaschuben richtete und dadurch beide völlig getrennten Volksstämme zusammenschweißte. Den Vorteil davon hatte das Polentum, das zunehmend das Kaschubentum auffog. Dabei hat es keineswegs an Reaktionen von seiten des letzteren gefehlt, aber diese wurden von der Regierung entweder nicht beachtet oder sogar bekämpft.

Neuerliche Fortschritte der Polonisierung der Kaschuben. Unter diesen Umständen hat die Polonisierung der Kaschuben mit dem Ende der polnischen Herrschaft nicht aufgehört, sondern sogar Fortschritte gemacht, indem sie aus einer unbewußten zu einer bewußten und planmäßigen wurde. Dabei bedient sich das Polentum der Mittel, die ihm der Staat selber lieferte. Vor allem ist es die Kirche, die der Polonisierung dient, dann die Zeitung und das Versammlungs- und Vereinswesen, meist unter durchaus harmlosem Deckmantel. Dabei geht die Polonisierung auf zwei Wegen vor: einmal flößt sie dem Kaschuben die polnische Gesinnung ein, wobei er äußerlich in Sprache und Sitte Kaschube bleibt, innerlich aber zum Polen wird. Oder sie gewinnt den Kaschuben zur Annahme der polnischen Sprache, indem sie in ihm das Gefühl erweckt, daß der Kaschube dem Polen gegenüber eine untergeordnete Stellung einnimmt. Dies bedeutet die vollständige Polonisierung. Ihr unterliegt vor allem der Gebildete, da es eine kaschubische Schriftsprache nicht gibt. Daneben schreitet auch die unbewußte Polonisierung der Sprache vor. Die kaschubischen Dialekte im Grenzgebiet des Kreises Königs nähern sich immer mehr dem Polnischen an. Die deutschen Kolonisten der Ordenszeit haben ihr Deutschtum nur da erhalten, wo sie in geschlossenen Massen angesiedelt wurden, sonst sind sie im Kaschubentum oder im Polentum aufgegangen oder wurden wieder verdrängt. Auch einige ursprünglich deutsche Klöster wie Oliva und Belplin waren allmählich polnisch geworden und hatten die Polonisierung ihrer Pforten befördert. Die deutsche Ansiedlungstätigkeit der letzten Jahrzehnte steckt noch so in den Anfängen, daß sich ihre Wirkung nicht abschließend übersehen läßt.

Eine französische Denkschrift über die Ansprüche der Polen

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 126 vom 15. März veröffentlicht einen Bericht, den Herr Ernest Denis, Referent für Polen in der dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Paris zugeteilten polnischen Kommission, seiner vorgesetzten Behörde erstattet hat. Der Bericht lautet in Übersetzung folgendermaßen:

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

23. Dezember 1918.

Die ethnographischen Verhältnisse als maßgebende Grundlage für die Rückerstattung der deutsch-polnischen Gebiete an Polen.

Unter all den territorialen Problemen, die dieser „Krieg für die Freiheit“ aufgeworfen hat, ist das Problem „Polen“ eines der brennend wichtigsten geworden. Sowohl ideologische Gesichtspunkte, wie die traditionelle Freundschaft mit Frankreich, ferner die Rolle, die Polen bei der Vernichtung der beiden Zentren der Gewalt und der Unterdrückung, der russischen und deutschen Kaiserreiche, spielte, die geographische Lage, die Polen zum Bollwerk gegen die Barbaren Asiens macht, alle diese Gesichtspunkte verlangen von uns gebieterisch die Wahrung der polnischen Interessen.

Kein anderes Land, das diesem großen Kreuzzuge seine Entstehung verdankt, den die freien Völker für das Wohl der Schwesternationen und der ganzen bisher durch willkürliche Gewalt bedrückten Menschheit geführt haben, gibt ein klareres und genaueres Bild straffer Geschlossenheit aller national-polnischen Elemente in den bisher an Polen noch nicht zurückerstatteten Gebieten, das nach den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages alle polnischen Gebiete einheitlich umfassen soll, als gerade die Provinz Posen.

Diese Gebietsteile bilden einen Teil Preußisch-Polens, und die Berechtigung ihrer „Desannexion“ wird größtenteils von Deutschland bestritten. Hier sind indes Zahlen, die uns genau erkennen lassen, wie weit man das Nationalitätsprinzip — das einzige Kriterium bei Streitigkeiten zwischen Völkern — auf

den Teil der groß-polnischen Nation zur Anwendung bringen kann, der sich entgegen jedem Recht und jeder Gerechtigkeit noch immer unter der Slaverei seines jetzt dahinsiehenden hundertjährigen Bedrückers, des verhassten Preußens, befindet.

Die polnischen Gebiete, die Preußen zum Teil noch zu behalten versucht, sind fast vollständig und in der Mehrzahl der Kreise vorherrschend polnisch. Nur die Grenzgebiete des alten Russisch-Polen haben aus rein militärischen Gründen eine verhältnismäßig starke deutsche Kolonisation erfahren. Im Innern dieser im übrigen rein polnischen Gebiete gibt es zwar auch einige deutsche Zentren, hier und da einige eingestreute Enklaven und vereinzelte deutsche Gruppen, die jedoch bei genauer Anwendung des Nationalitäts-Prinzips ohne jede Bedeutung sind.

Preußisch-Polen zerfällt in folgende vier Teile:

1. Posen, 1815 aus den beiden Bezirken des Großherzogtums Warschau-Posen und Bromberg gebildet.

2. Westpreußen mit den beiden Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder.

3. Ostpreußen mit dem Regierungsbezirk Allenstein, einem Teil des Regierungsbezirks Gumbinnen und dem Kreise Oletzko.

4. Schlesien, Regierungsbezirk Oppeln (in Oberschlesien) und dem Regierungsbezirk Breslau mit den Kreisen Groß-Wartenberg und Namslau.

1. Das Großherzogtum Posen umfaßt 27 Kreise; von diesen haben 18 eine polnische Bevölkerung in Höhe von 75 Prozent, während in den übrigen 9 Kreisen die polnische Bevölkerung mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht und in den 3 letzten Kreisen weniger als 50 Prozent beträgt.

Das Großherzogtum Posen kann demnach mit vollem Recht als ein überwiegend polnisches Gebiet angesehen und in seiner Gesamtheit Großpolen zugeteilt werden.

Das Verhältnis der Bevölkerung Posen innerhalb der einzelnen Kreise ist folgendes:

		Prozent
I. Kosten	Koscan	89,0
Schroda	Eroda	87,4
Adolnau	Odolanow	87,1
Gostyn	Gostyn	86,4
Schildberg	Ostrzeszow	85,3
Kempen	Kempno	84,1
Grätz	Grodniß	83,5
Pleschen	Pleszew	83,2
Posen	Poznan (Oc)	82,8
	" (Or)	71,2
	Kozmin	82,7
Schrimm	Sren	82,6
Jaroschin	Jarschin	82,1
Schmiegel	Smiogel	81,8
Breschen	Brzesnia	80,6
Ostrowo	Ostrowo	77,8
Samter	Szamotonly	74,4
Krotoschin	Krotoszyn	62,2
II. Obornik	Obornik	59,7
Posen	Poznan (centre)	57,9
Rawitsch	Rawisz	54,2
Neutomischel	Nowo Tomysl	54,2
Birnbaum	Niedrychod	51,2
Bomst	Bydymost	50,9
III. Bissa	Leszno	38,8
Fraustadt	Wlohszwa	31,9
Schwerin	Skwierzimo	8,6

Nur die drei letzten Kreise — schmale bedeutungslose Gebietsstreifen — können von den Deutschen beansprucht werden, jedoch nur unter der Bedingung einer weitgehenden lokalen Autonomie für die polnische Bevölkerung. Der Rest muß insgesamt Großpolen angehören, und alle polnischen Güter, die auf Grund des Gesetzes vom 19 April 1909 enteignet worden sind, müssen ihren früheren Besitzern unverändert zurückgegeben werden.

2. Westpreußen

(auch Königlich Preußen genannt) umfaßt zwölf Kreise, in denen die polnische Bevölkerung unbestreitbar überwiegt (mehr als fünfzig Prozent) und zehn Kreise, in denen sie weniger als fünfzig Prozent, zuweilen sogar nur einen unbedeutenden Teil der Gesamtbevölkerung ausmacht. Es muß zugegeben werden, daß gerade in Westpreußen die Festlegung der polnisch-preußischen

Grenze, wenn man sich an das ethnographische Prinzip halten will, großen Schwierigkeiten begegnet.

Die Kreise, die an das Meer grenzen, haben in der Mehrzahl nur eine polnische Minderheit; diese Schwierigkeiten müssen indessen unter allen Umständen auf eine Weise gelöst werden, die den Ansprüchen der Polen auf einen freien Zutritt zur Weichselmündung, auf den Hafen von Danzig und den ganzen Küstenstrich, die sogenannte Kassubei, günstig ist, einschließlich des Kreises Puck, mit einer polnischen Majorität von 69,1 Prozent, aber auch einschließlich der angrenzenden Kreise Karthaus und Neustadt, wiewohl der letztere in Wirklichkeit nur 48 Prozent polnische Bevölkerung aufweist.

Die geographische Lage dieser Kreise ist überall die, daß jede andere Lösung als die einer einfachen und glatten Rückgabe den Interessen Polens und seiner wirtschaftlichen Entwicklung nachteilig sein würde, mit der wir im Hinblick auf den starken Absatz der französischen Industrie auf den Märkten des Ostens rechnen müssen.

In der Annahme, daß die ritterliche polnische Nation augenblicklich ein Element der Ordnung zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem desorganisierten und zerfallenden Deutschland bildet, kann die Notwendigkeit, die gesetzliche Ordnung in den Kreisen mit gemischter Bevölkerung aufrechtzuerhalten, mit Zug und Recht den Grund zu einer polnischen Besatzung geben, die dort mehr oder weniger lang vorübergehend dauern wird. Diese zeitweilige Besetzung wird in dem ersten und bedeutungsvollsten Zeitpunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs Großpolens diesem einen freien Zutritt zum Meer und zur Küste sichern und die Möglichkeit bieten, günstige Bedingungen für eine endgültige Einverleibung dieser gemischtsprachlichen Kreise in ihr Mutterland zu schaffen. Folgendes ist das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung in den Kreisen Westpreußens:

		Prozent
I. Löbau	Lubawa	79,7
Stargard	Stargard	78,7
Karthaus	Kartony	72,1

		Prozent
Pużig	Pużt	69,7
Tuchel	Tuchola	66,7
Strasburg	Brodica	66,0
Berent	Koscierzyna	57,7
König	Choinice	55,8
Kulm	Chełmno	53,3
Thorn	Torn	53,0
Schweß	Swiecie	52,9
Briesen	Walbuzno	51,5
II. Neustadt	Wesjerom	48,7
Danzig	Gdańsk ville	6,0
Flatau	Plotow	26,6
Schlochau	Człuchow	15,2
Marienburg	Malborg	3,0
St. Krone	Malb	1,6
Elbing	Elblong ville	0,4
"	" village	1,0
Danzig	Gdańsk (districts ruraux)	0,9 bis 3,0

In der zweiten Kategorie der Kreise mit polnischer Minderheit kann man diejenigen namhaft machen, die an Preußen zurückgegeben werden können, ohne die Interessen Groß-Polens dadurch zu schädigen (natürlich mit Ausnahme der Stadt und der Gegend in Danzig), die Kreise St. Krone, Elbing und Marienburg können an Preußen zurückgegeben werden. Der deutsche Anteil an den Kreisen von Flatau und Schlochau kann und muß genau begrenzt werden.

Diese Art von Kompensation an Preußen wird durch ihre Billigkeit einen guten Eindruck machen; um aber alle Reklamationen und jedes Handeln seitens der Preußen zu vermeiden, dürften diese Kompensationen nur nach einer starken militärischen Besetzung aller oben benannten Gebiete erfolgen.

3. Ostpreußen,

auch Herzoglich Preußen genannt, bietet im Gegensatz zu Westpreußen ein klares und genaues Bild. Hier ist das ganze Gebiet, an der Nordgrenze des alten Königreichs Polen (Russisch-Polen) von einer starken polnischen Mehrheit bevölkert.

		Prozent
I. Ortelsburg	Szczytno	69,0
Johannisburg	Danborsk	66,8
Reidenburg	Riborsk	62,4
Allenstein	Olsztyn rurale	60,5

		Prozent
II. Lyck	Elk	49,1
Sensburg	Jadzborg	46,9
Osterode	Ostroda (Osterode)	40,1
Lyck	Leo (Lyck)	33,1
Löben	Olecko	31,9

Diese Gebiete müssen insgesamt dem polnischen Staate einverleibt werden, unter Zustimmung einer lokalen Autonomie für die preußische Bevölkerung.

III. Allenstein: 11,1 Prozent.

Dieser Kreis hat zwar nur eine polnische Minderheit, er ist aber von rein polnischen Gebieten eingeschlossen und kann daher unter keinen Umständen ausgeschlossen werden.

4. Schlesien.

In der schlesischen Frage handelt es sich hauptsächlich darum, die Rechte Polens auf Oberschlesien festzustellen, wo vom ethnographischen Gesichtspunkt aus die Rechte der polnischen Bevölkerung unbestreitbar sind. Die polnische Bevölkerung verteilt sich folgendermaßen:

		Prozent
Pleß	Pszczyna	87,6
	Lublinice	85,0
Rosenberg	Olešno	83,6
Gr. Strelitz	Weskie Strzelce	81,6
	Rybnik	80,6
Tost-Gleiwitz	Tosceń Gliwice (district)	79,5
Gleiwitz-Stadt	Tosceń Gliwice (ville)	25,9
Oppeln-Land	Opole (district)	78,2
	" (ville)	19,9
Rosel	Kozle	78,1
Tarnowitz	Tarnobsk Sorb	73,0
Beuthen	Bytom (district)	68,8
	" (ville)	38,2
Kattowitz	Katowice (ville)	14,2
	" (district)	63,3
Hindenburg	Zabrze	59,8
Kreuzburg	Kluczbork	53,0
Königshütte	Krolevska Guta	45,5

Die oben genannten achtzehn Kreise und die beiden Kreise des Regierungsbezirks (Breslau) Namslau und Groß Wartenberg müssen unbedingt Großpolen angehören; die Städte, die in ihnen liegen, enthalten in Wirklichkeit nur eine polnische Minderheit

bei einer Bevölkerung, die sich aus germanisierten Polen zusammensetzt. Diese Städte müssen aber das Los der Nachbargebiete teilen und auch wieder polnisch werden. In Wahrheit ist die ganze Bevölkerung der drei Schlesiens polnischen Stammes, aber die Germanisierung in Nieder- und Mittelschlesien ist so durchgreifend, daß es sehr schwierig sein würde, die streng-ethnographischen Gesichtspunkte für die Rückgabe an Polen geltend zu machen.

Dazu schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Oberflächlicher, als es in dieser Denkschrift geschieht, kann man mit den Tatsachen kaum umspringen. Sie behauptet, die Provinz Posen gäbe ein besonders klares Bild eines geschlossenen polnischen Gebietes. Eine bewußte falsche Behauptung. Wie ein geschlossenes Sprachgebiet aussieht, geht etwa aus einer Sprachenkarte Böhmens hervor, wo fast alle Gerichtsbezirke des Nordrandes mehr als 95 Prozent Deutsche haben. Würde man den gleichen Maßstab an Posen anlegen (d. h. auch nur Bezirke von 95 Prozent als rein polnisch betrachten und dabei ohne Rücksicht auf die Kreisgrenzen sprachliche Bezirke bilden), so wird sich ergeben, daß es ein derartiges geschlossenes polnisches Sprachgebiet in Posen, wie es das deutsche in Böhmen ist, nicht gibt; es sind nur im Südwesten von Posen auf Ostrowo zu vereinzelte polnische Inseln mit über 95 Prozent Polen vorhanden. Sie haben untereinander zum Teil keinen Zusammenhang. Es ist ein Inselgewirr, das auf der Karte alles andere als den Eindruck der Geschlossenheit macht.

Nichtig ist, daß das Deutschtum im Regierungsbezirk Posen, von dem die Denkschrift nur spricht, in der Minderheit ist. Eine Minderheit allerdings, die über 400 000 Köpfe umfaßt. Aber diese Minderheit ist dem Polentum kulturell überlegen; ihr gehört 54,06 Prozent des Grund und Bodens (auf Grund des Gesetzes von 1909 sind nur 1200 Hektar enteignet) und an Einkommensteuer zahlt sie 11,09 Mark, die Polen aber nur 3,02 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Kann man bei einer solchen Minderheit, wie es die französische Denkschrift tut, von „einigen

einzelnen deutschen Enklaven und vereinzelter bedeutungslosen deutschen Gruppen“ sprechen?

Und was soll man dazu sagen, wenn die Denkschrift Kreise wie Bomst, Birnbaum, Neutomischel und Rawitsch den Polen zuspricht, nur weil die polnische Bevölkerung hier wenig über 50 Prozent ausmacht? In Birnbaum z. B. sind 81 Prozent der Grund und Bodens deutsch, in Neutomischel und Bomst je 64,05 Prozent; von dem Einkommensteueraufkommen zählen die Polen in Bomst nur 36,77 Prozent, in Neutomischel 28,88 Prozent und in Birnbaum gar nur 15,06 Prozent! Kann man solche Kreise unbestreitbar polnisch nennen, nur weil in den letzten Jahren — Neutomischel, Bomst und Birnbaum hatten noch 1890 eine deutsche Majorität — eine kleine Verschiebung zugunsten des Polentums eingetreten ist?

Die Abtretung Westpreußens mit ethnographischen Gründen zu rechtfertigen, wagt der Verfasser gar nicht. Er spricht ganz offen aus, daß abgesehen vom Kreise Puzig (auch dort sind die Einwohner der Küste übrigens kaschubisierte Deutsche) kein Kreis, der an die See stößt, eine polnische Mehrheit hat, daß aber die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs (sic!) die Abgabe der Küstengebiete an Polen erforderlich mache. Die wirtschaftlichen Interessen, welche die Denkschrift für die Entscheidung der Zukunft Posens gänzlich ignoriert, sind also hier mit einem Male ausschlaggebend und die ethnographischen Verhältnisse, die für Posen allein entscheidend sein sollen, gelten hier gar nichts! Wahrlich eine gerechte Art und Weise, die Lösung des Problems nach Wunsch zu gestalten. Zu diesem Plan paßt es auch vorzüglich, daß man Westpreußen durch die Polen besetzen will, um unterdessen „günstigere Bedingungen für eine endgültige Einverleibung dieser gemischtsprachlichen Kreise in ihr Mutterland zu schaffen“, d. h. das Land in der Zwischenzeit kräftig mit brutaler Gewalt zu polonisieren.

Danach überrascht es auch nicht, wenn die Denkschrift die wirtschaftlichen Verhältnisse Oberschlesiens, den rein deutschen Ursprung und den deutschen Charakter der dortigen Industrie, mit Stillschweigen übergeht. Aber auch die Zahlen, die die Denkschrift für

Oppeln — und ebenso für Allenstein — anführt, beweisen nichts. Der Bezirk Allenstein hat überhaupt niemals zu Polen gehört. Ursprünglich polnische Namen sind dort nicht vorhanden. Ausdrücke wie Olztyń und Danborst sind, wie auf der Hand liegt, lediglich Übersetzungen von Allenstein und Johannisburg. Die Kreise Groß-Wartenberg und Ramlau, die die Denkschrift noch aus dem Bezirk Breslau in das polnische Gebiet einbezieht, haben nur 33 Prozent bzw. 20 Prozent Polen, sind also weit von einer polnischen Majorität entfernt. Im übrigen ist die dortige polnische Bevölkerung, die ebensowenig wie die Masuren hochpolnisch, sondern den sogenannten wasserpoleischen Dialekt spricht, seit 7½ Jahrhunderten von Polen getrennt; alle Traditionen dorthin sind abgerissen. Erst in den letzten dreißig Jahren ist von Posen her eine national-polnische Agitation nach Oberschlesien hinein-

getragen; sie ist, da sie zugleich die Klassen-gegenstände rücksichtslos ausgenutzt hat, nicht ganz erfolglos geblieben, hat aber die Masse der oberschlesischen Wasserpoleen nicht ergriffen. 1912 haben die Polen nur 93 000 Stimmen erhalten (von 303 000 abgegebenen Stimmen) und bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung sind, obwohl die Polen Stimmenthaltung proklamiert hatten, trotz allem bolschewistischen Terror 674 000 Wahlberechtigte (60 Prozent) zur Urne gegangen, von denen höchstens 480 000 deutsche Wahlberechtigte waren. Die Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung ist demnach nicht polnisch gesinnt.

Auf die Gestimmung der Bevölkerung kommt es doch aber an, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll, und es ist beachtenswert, daß die französische Denkschrift davon überhaupt nicht spricht.

Pressestimmen

Auf die Frage einer Volksabstimmung im Osten geht ein Artikel von Prof. Dr. Herrmann im „Berliner Tageblatt“ Nr. 111 vom 15. März wie folgt ein:

Endlich muß auch mit der Möglichkeit von Volksabstimmungen in gewissen Gebieten gerechnet werden. Hierfür gilt es nicht nur, alle technischen und stimmungsmäßigen Vorbereitungen zu treffen, sondern vor allem auch die Formen der Abstimmung in einer der Billigkeit entsprechenden Weise mit unseren Gegnern zu vereinbaren. Aus der Provinz Posen z. B. sind Zehntausende von Deutschen, namentlich infolge der kriegerischen Ereignisse, geflüchtet, umgekehrt sind vielleicht ebensoviele Polen durch eine systematisch eingeleitete Rückwanderung in die Provinz gekommen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, einen bestimmten, vor der polnischen Erhebung liegenden Termin als Stichtag für eine etwaige Abstimmung in der Provinz Posen festzusetzen. Der 5. Oktober, als der Tag, an dem wir uns auf den Boden der Wilson-Note vom 8. Januar 1918 stellten, dürfte dafür angemessen sein. Auch der flüchtigste Blick auf die ethnographischen Verhältnisse der Provinz zeigt ferner, wie bedeutsam es ist, ob in Posen durch die ganze Provinz, bzw. nach Regierungsbezirken oder Kreisen abgestimmt wird. In der gesamten Provinz ist eine so untrennbare Gemengelage von

Polen und Deutschen festzustellen, daß der Wilsonsche Grundsatz von „unbestreitbar polnischen“ Gebieten in keinem Teile der Provinz rein zur Anwendung kommen kann. Der Regierungsbezirk Bromberg zählte im Jahre 1910 50 Proz., der Regierungsbezirk Posen 38,2 Proz. Deutsche. Im Bromberger Bezirk gibt es Kreise mit über 70, ja 80 Proz. Deutschen und nur 4 Kreise unter 30 Proz. Deutschen, während im Regierungsbezirk Posen der deutsche Anteil in den einzelnen Kreisen zwischen 10,9 und 92 Proz. schwankt. In den sämtlichen Städten der Provinz zusammen wohnen mehr Deutsche als Polen, selbst dann, wenn man Militär und Beamte in Abzug bringt, und die Zahl der Deutschen in allen über 50 Proz. Polen zählenden Kreisen ist größer als die Zahl der Polen in den über 50 Proz. Deutsche zählenden Kreisen.

Schon aus den wenigen hier gegebenen Anregungen erwachsen der Regierung hochbedeutende und schwierige Aufgaben. Sie wird hoffentlich selbst den Wunsch haben, sie nicht lediglich bürokratisch, sondern unter starker Beteiligung derer, um deren Wohl und Wehe es dabei geht, zu lösen. Die in den letzten Monaten überall geschaffenen Volksräte bieten der Regierung neben den für die Nationalversammlung gewählten Vertretern geeignete Mitarbeiter in Fülle dar.

Druck: „Der Reichsbote“, Berlin S W 11.